

IW-Direktor zur Wirtschaftspolitik

Freiheit kommt unter die Räder

„Nach drei Jahren stabiler Aufwärtsbewegung lassen die Konjunkturindikatoren eine deutliche Verlangsamung der wirtschaftlichen Dynamik in Deutschland erwarten. Zudem hat sich das Risikoumfeld spürbar verbreitert. Vor dieser Kulisse agiert die deutsche Wirtschaftspolitik leider völlig unangemessen.“ Dies unterstreicht Professor Michael Hüther, Direktor des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln, in seinem Ausblick auf das Jahr 2008. Danach ist es die Aufgabe der Bundesregierung, die Unsicherheiten durch eine klare und verlässliche Orientierung auf eine weitere Verbesserung der Standortbedingungen auszugleichen. Stattdessen, so der IW-Direktor weiter, dreht sie erfolgreiche Reformen am Arbeitsmarkt zurück und schränkt die individuelle Vertragsfreiheit von Bürgern, Unternehmen und ausländischen Investoren ein. So gefährden branchenbezogene Mindestlöhne die Statik der Tarifautonomie, und die avisierte Re-Regulierung der Zeitarbeit beschränkt die konjunkturelle Anpassungsflexibilität der Unternehmen.

Auf die gegenwärtigen Verteilungs- und Gerechtigkeitsdiskussionen darf die Regierung nicht reagieren, indem sie die gemachten Reformfortschritte selbst diffamiert. „Die Politik sollte nicht den Eindruck erwecken, sie könne im Einzelfall Gerechtigkeit garantieren. Dies vorzugeben kommt einer Täuschung gleich.“ Deshalb darf die individuelle Verantwortung nicht ausgeschaltet werden, weder am Arbeitsmarkt noch im Sozialsystem.

Wir wünschen allen Lesern ein gutes neues Jahr!

Michael Hüther

Die Freiheit kommt unter die Räder

1. Nach drei Jahren stabiler Aufwärtsbewegung ist der Blick nach vorne erstmals wieder getrübt: Die Konjunkturindikatoren lassen eine deutliche Verlangsamung der wirtschaftlichen Dynamik in Deutschland erwarten. Derzeit sieht es so aus, als ob es sich um eine durchaus übliche Abschwächung des Aufschwungs in seiner Reifephase handelt. Nicht auszuschließen ist aber auch, dass wir am Anfang vom Ende dieses Aufschwungs stehen.

2. Die in dieser Bandbreite der Konjunkturaussichten zum Ausdruck kommende Unsicherheit erklärt sich aus einer Vielzahl von Faktoren: Der Sorge um die gesamtwirtschaftliche Entwicklung in den Vereinigten Staaten, den hohen Rohstoff- und Energiepreisen, den Verwerfungen an den internationalen Kreditmärkten, den wieder höheren Inflationsraten. Da mischen sich altbekannte Risikofaktoren (z.B. steigende Ölpreise), deren Wirkungskraft aber glücklicherweise nicht mehr den traditionellen Mustern folgt, mit neuartigen Belastungen (z.B. der Kreditmarktkrise), die in ihrer Bedeutung weder erfahrungs- noch theoriegeleitet mit leichter Hand eingeschätzt werden können.

3. Wir haben es mit einer besonderen Unübersichtlichkeit der ökonomischen Landschaft zu tun. In solchen Zeiten gewinnt das Stimmungsbild der Unternehmen an Bedeutung. Die IW-Herbstumfrage zu den Einschätzungen und zu den Erwartungen über die Konjunktur hat eindeutig signalisiert, dass der Aufschwung nicht abbricht. Der moderate Fortgang der Erholung stellt auch den Wechsel der Antriebskräfte von außen nach innen nicht infrage.

4. Das Risikoumfeld hat sich gleichwohl spürbar verbreitert. Dabei werten die Unternehmen steigende Energie- und Rohstoffpreise als dominantes Risiko, gefolgt vom Engpass bei den Fachkräften. Die Aufwertung des Euro und die Kreditmarktkrise werden hingegen als nachrangig eingestuft. Die Einbindung unserer Unternehmen in die

internationale Arbeitsteilung fängt die Wirkung von Wechselkursbewegungen ab, zumal der Anteil importierter Vorleistungen an den Exporten zugenommen hat. Die Stabilität in der Eurozone kann zudem in ihrer Bedeutung für den deutschen Export gar nicht überschätzt werden. Wir sind die Gewinner des Euro. So beziehen sich die Konjunktur- und Wachstumsängste schwerpunktmäßig auf die Ressourcenverfügbarkeit von Energie, Rohstoffen und Fachkräften.

5. Auch die diesjährige Verbandsumfrage des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln (Seite 4-5) signalisiert einen Fortgang des Aufschwungs, wenngleich mit gebremster Dynamik. Der Verlust an Kraft und Schwung wird im Verlauf des Jahres zu einer Seitwärtsbewegung führen. Insgesamt überwiegen noch die Optimisten; Produktion und Investitionen werden zumeist ausgeweitet und legen somit eine solide Basis für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung. In der Paradebranche dieses Aufschwungs – im Maschinenbau – werden nochmals Rekordwerte verzeichnet.

6. Erstaunlich ist aber vor allem das positive Gesamtbild für die Beschäftigung, das die Verbände zeichnen: Seit Anfang des Jahrzehnts haben noch nie so viele Branchen wie diesmal einen Aufbau zusätzlicher Arbeitsplätze in Aussicht gestellt. Das scheint auf den ersten Blick nicht zu den ansonsten eher zurückhaltenden Aussichten zu passen. Sicher, der Arbeitsmarkt ist im Konjunkturzyklus Spätzünder und Nachläufer. Doch lässt der Optimismus aufhorchen. Möglicherweise wirkt nach, dass in der ersten Hälfte des Jahrzehnts die Personalbestände drastisch überprüft und angepasst wurden. Die Sicherung der Marktposition auf den Weltmärkten, die den Aufschwung angestoßen und angetrieben haben, erfordert vor allem leistungsfähige und -willige Mitarbeiter, die – das zeigen die Analysen zum Fachkräftemangel – so leicht nicht mehr zu bekommen sind. Personalpolitik wird damit zu einer strategischen Herausforderung.

7. Vor dieser Kulisse aus sich abschwächender Konjunktur und schwer einschätzbaren Risikofaktoren agiert die deutsche Wirtschaftspolitik völlig unangemessen. Ihre Aufgabe wäre es, die Unsicherheiten durch eine klare und verlässliche Orientierung auf eine weitere Verbesserung der Standortbedingungen auszugleichen. Das Gegenteil ist der Fall: Einerseits durch das Zurückdrehen von erfolgreich wirksamen Reformen am Arbeitsmarkt, andererseits durch eine immer weitergehende Gefährdung und Einschränkung der Freiheit – sei es bei den Bürgern, sei es bei den heimischen Unternehmen, sei es für ausländische Investoren.

8. Es ist lange her, dass die Politik so konzertiert verteilungspolitische Argumente in den Vordergrund gestellt hat. Lange ist es auch her, dass ein solches Programm so konsequent durchgesetzt wurde. Jeder einzelne Punkt auf der Liste politischer Vorhaben mag beherrschbar und weniger bedeutsam erscheinen. In der Summe indes wird aus dem Kleinklein ein differenzierter Angriff auf die individuelle Vertragsfreiheit:

- Branchenbezogene Mindestlöhne – ob über das Entsendegesetz oder das Gesetz über Mindestarbeitsbedingungen – schränken die negative Koalitionsfreiheit ein und gefährden die Statik der Tarifautonomie.
- Die geplanten Modelle der steuerlichen Förderung von Kapitalbeteiligungen – der Deutschlandfonds mit staatlicher Aufsicht ist hier besonders abschreckend – verzerren die individuelle Anlageentscheidung.
- Die Reform der Unternehmensbesteuerung wird ebenso wie die projektierte Reform der Erbschaftssteuer vielfältig in die Gestaltungsfragen der Unternehmen und Unternehmer eingreifen – so bei der Finanzierung, der Standortgestaltung, der Beschäftigung.
- Die avisierte Re-Regulierung der Zeitarbeit nimmt Freiheitsräume zurück und beschränkt die Anpassungsflexibilität der Unternehmen im Konjunkturverlauf.
- Der Vorstoß aus dem Regierungslager, Praktikantenverträge beispielsweise hin-

sichtlich der Vergütung zu reglementieren, wird vielen Interessierten den Zugang zur betrieblichen Praxis versperren. Schlagwörter – „Generation Praktikum“ – mit mangelndem empirischem Fundament werden zur Richtschnur der Politik.

- Das 14-Punkte-Programm der Bundesregierung für den Klimaschutz ist dirigistisch und verzichtet auf die Mobilisierung dezentralen Wissens. Letztlich handelt es sich um gut getarnte staatliche Industriepolitik.

- Die Pläne zur Abwehr von Staatsfonds stellen das Prinzip der internationalen Investitionsfreiheit infrage. Die Regierung würde einen schwer begründbaren Einfluss auf Kapitalimporte erhalten, der Einfluss der Staatswirtschaft nähme zu.

9. Das verbindende Glied dieser Themen ist ein qualitativ neuer Anspruch des Staates, die wirtschaftliche Entwicklung intensiv durch Regelung von Einzelfällen zu beeinflussen. Man

kann dies auch als den Versuch einer Kompensation sehen, einerseits für die verloren gegangene finanzpolitische Bedeutung des Staates und andererseits für die seit längerem ausgedünnte unternehmerische Kompetenz des Staates. Denn tatsächlich hat sich – gemessen an der Staatsquote – durch Konsolidierung und Privatisierung der Staat zurückgenommen. Nicht freiwillig, aber doch eindrucksvoll und stärker, als dies noch Anfang der neunziger Jahre realistisch zu erwarten war.

10. Der kompensatorische Zugriff des Staates wird von Verteilungsdiskussionen getragen, die sich im Schatten des Aufschwungs belebt haben. Trotz zunehmender Beschäftigung und rückläufiger Arbeitslosigkeit, trotz wieder steigender Reallöhne und eines effektiv von oben nach unten umverteilenden Steuer- und Transfersystems stehen öffentlich Wohlstandsängste und Gerechtigkeitszweifel im Mittelpunkt der Debatte. Die fortschreitende globale Arbeits- und Wissensteilung wird – folgt man den Meinungserhebungen – heute

Wirtschaftliche Freiheit

Wirtschaftlicher Freiheitsgrad im Jahr 2005 auf einer Skala von 0 (= keine) bis 10 (= größtmögliche Freiheit)

	1990	2000	
Schweiz	8,3	8,4	8,2
Vereinigtes Königreich	7,8	8,2	8,1
USA	8,4	8,6	8,0
Kanada	8,0	8,1	8,0
Irland	7,3	8,1	7,9
Niederlande	7,8	8,0	7,8
Finnland	7,4	7,7	7,8
Dänemark	7,3	7,7	7,7
Deutschland	7,7	7,6	7,7
Österreich	7,2	7,5	7,7
Schweden	6,9	7,4	7,4
Japan	7,4	7,3	7,4
Portugal	6,4	7,3	7,3
Belgien	7,5	7,5	7,2
Spanien	6,5	7,4	7,1
Italien	6,6	7,1	6,9
Frankreich	7,1	7,0	6,9
Griechenland	6,0	6,9	6,8
Indien	5,0	6,2	6,7
China	4,9	5,7	5,9
Russland	-	4,9	5,5

Wirtschaftlicher Freiheitsgrad anhand der Bereiche Staatseinfluss, Rechtssystem, Geldpolitik, internationale Offenheit und Regulierungsintensität; Quelle: Fraser Institute, Vancouver

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 1/2008 Deutscher Institut-Verlag

stärker als in der Krise zu Beginn des Jahrzehnts als Gefahr gesehen.

11. Dieser Befund wirft Fragen auf: Warum schlägt sich die messbare Besserung der ökonomischen Lage nicht in der Stimmung nieder? Warum haben Mythen und Vorurteile eine größere Wirkungsmacht als empirisch unterlegte ökonomische Einsichten? Es führt wohl kein Weg an der Einsicht vorbei, dass die Wirtschaftsordnung der Freiheit noch nie aus sich heraus überzeugt und geworben hat, sondern nur durch ihre Ergebnisse und vor allem die Aussicht auf eine Wohlstandsmehrung für breite Bevölkerungskreise. Das steht derzeit für die meisten offensichtlich in Zweifel.

12. Die Ankunft im transparenten Kapitalismus, der weniger Rückzugs- und Schonräume lässt sowie schneller und unvermeidbarer Anpassungen erfordert, wird gesellschaftlich nicht goutiert. Die notwendige Transformation der Verteilungsgerechtigkeit in Chancengerechtigkeit ist bisher nicht auf breite Akzeptanz gestoßen. Das bildungspolitische Versagen früherer Jahrzehnte hat

so viel Perspektivlosigkeit verursacht, dass sich die Frage nach fairen Aufstiegschancen für viele gar nicht mehr realistisch stellt. Die Notwendigkeit, die Ansprüche neu zu justieren, lässt viele als Verlierer erscheinen, auch wenn sie heute mehr Chancen der Beteiligung haben als in der ersten Hälfte des Jahrzehnts.

13. Die Politik kann darauf nicht mit dem Hinweis auf bessere Bildungschancen der Kinder reagieren, sie muss Antworten auf die Ängste finden. Dafür wäre es hilfreich, wenn sie die gemachten Reformfortschritte nicht selbst diffamierte. Die Arbeitsmarktreformen des Förderns und Forderns sind eine prinzipiell richtige Antwort gewesen. Wer aber selbst nicht überzeugt ist, der kann auch andere nicht überzeugen. Auch deshalb ist die Rücknahme dieser Reformen so fatal.

14. Wir dürfen von den politisch Verantwortlichen erwarten, dass sie sich nicht nur zum Notar der öffentlichen Stim-

mung machen, sondern letztlich Sachargumente ihrem Handeln zugrundelegen und dafür werben. Beim Thema Klimawandel wird dies zumindest vorgeführt. Die Globalisierung bietet, das zeigt unsere wirtschaftliche Entwicklung, gewaltige Chancen. Daraus folgt, dass die internationale Arbeits- und Wissensteilung gefördert und stabilisiert werden muss, nicht aber durch neue Abschottung behindert wird. Entsprechend ist alles zu unterlassen, was – wie die Einschränkung der Investitionsfreiheit – so wirkt.

15. Im Inneren sollte die Politik nicht den Eindruck erwecken, sie könne im Einzelfall Gerechtigkeit garantieren. Dies vorzugeben kommt einer Täuschung gleich. Deshalb darf die individuelle Verantwortung nicht ausgeschaltet werden, weder am Arbeitsmarkt noch im Sozialsystem. Die Bundesregierung ist aufgefordert zu erklären, was für die kommenden zwei Jahre unter der Überschrift „Sanieren – Reformieren – Investieren“ zu erwarten ist. Die bloße Nennung dieser Begriffe reicht nicht.